KOMMENTAR

Aufklären statt ausgrenzen

Von Markus Feldenkirchen

Sebastian Edathy ist ein Täter. Er hat Fotos und Filme nackter Kinder bestellt, hat Geld für solche Posing-Bilder bezahlt. Das disqualifiziert ihn für politische Ämter, selbst wenn sein Verhalten nach geltenden Gesetzen nicht strafbar sein sollte. Zudem zeigt er bislang keine Spur von Reue, sondern stillisiert sich zum Opfer von Justiz und Medien. Ist es da nicht folgerichtig, dass die SPD den Mann loswerden will?

Verstörend ist die Eilfertigkeit und Härte, mit der die Sozialdemokratie den Genossen Edathy aus der Partei ausschließen möchte. Das passt nicht zu ihrem Anspruch und zu ihren Grundsätzen. Sie begibt sich auf das Niveau einer „Sperrt die Bestie weg"-Haltung, die populistisch ist, aber deswegen noch nicht richtig.

Wie es um das Menschenbild einer Partei bestellt ist, verrät nicht nur ihre Programmatik, sondern auch der Umgang mit den eigenen Sündern und Gestrauchelten. Die SPD, die für sich den Wert der Solidarität reklamiert, verhält sich im Falle Edathy kalt und egoistisch, damit nichts von dieser Affäre an ihr hängenbleibt. Sie handelt ohne Empathie. So verstößt sie nicht nur gegen ihre Werte, sondern auch gegen das Recht auf Resozialisierung, für das sie sich sonst einsetzt.

Sebastian Edathy hat schon verloren, was ihm im Leben wichtig war und Bedeutung verschafft hat: eine Karriere in der Politik. Er ist bereits den gesellschaftlichen Tod gestorben. Doch seine Parteifreunde versammeln sich unter seinem Galgen und rufen: „Hängt ihn höher!" Andere Parteien haben ihre Sünder nicht verstoßen, selbst wenn sie rechtskräftig verurteilt wurden. Sie verloren ihre Ämter, wurden aber nicht zu Aussätzigen erklärt.

Unangenehm ist die gedankliche Schlichtheit, mit der die SPD-Führung auf das Problem Pädophilie reagiert. Das Dilemma offenbarte sich jüngst in der Talkrunde von Günther Jauch. Da unterhielten sich ein Journalist, ein Rechtsanwalt und ein Sexualpsychologe auf hohem Niveau über den Umgang mit Pädophilen, sie leisteten Aufklärung im besten Sinne. Nur eine hielt nicht mit: SPD-Familienministerin Manuela Schwesig. Allen unbequemen, weil differenzierten Beiträgen begegnete sie mit finsterer Miene und wiederholte immer wieder, dass es allein um das Wohl der Kinder gehe.

> Am Fall Edathy entwickelt sich ein öffentlicher Lernprozess, an dem die SPD nicht teilnimmt.

STEPHANIE LEHMANN

Abgeordneter Edathy in seinem Berliner Büro 2013

Das stimmt natürlich, worum denn sonst, aber gerade deswegen geht es jetzt auch darum, das Phänomen Pädophilie zu verstehen – und damit Männer wie Edathy, die keine sozialen Randfiguren sind, sondern aus der Mitte der Gesellschaft stammen. Auf dieser Grundlage lässt sich auch über eine Reform des Strafrechts reden.

Nach den exzessiven Forderungen einiger aus der 68er-Bewegung, die Sex mit Kindern straffrei stellen wollten, ist Pädophilie endgültig zum Tabu geworden. Nun aber entwickelt sich am Fall Edathy ein öffentlicher Lernprozess. Leider nimmt ausgerechnet die deutsche Sozialdemokratie, die oft genug die Partei war, in der gesellschaftliche Probleme beispielhaft diskutiert wurden, daran nicht teil. Sie will Pädophile ausgrenzen oder wenigstens ausschließen, als wären sie dann nicht mehr da. Statistisch gesehen sind aber auch ohne Edathy noch rund 3200 Pädophile Mitglieder der SPD. Der Deutsche Fußball-Bund muss mit 57 000 Pädophilen in seinen Reihen rechnen.

Es ist Zeit für einen rationalen Umgang mit Pädophilie. Schätzungsweise ein Prozent aller deutschen Männer hat eine pädophile Neigung. Sie ist angeboren, kein Betroffener hat sie sich ausgesucht. So ist nicht die Neigung verwerflich, sondern das Ausleben der Neigung. Wer Pädophile ächtet, hilft kaum einem Kind. Er gefährdet potentielle Opfer sogar, denn er trägt dazu bei, dass Pädophile weiter im Schatten stehen und ihren Trieb unkontrolliert und heimlich ausleben.

Nur wenn sich Pädophile in Therapie begeben, können Kinder besser geschützt werden. Dazu aber braucht es ein Klima der Ermutigung, nicht der Dämonisierung. Wer Gefahr läuft, den gesellschaftlichen Tod zu sterben, wird es sich dreimal überlegen, ob er sich anderen anvertraut.

Die SPD hätte ihren Genossen Edathy fragen können, ob er bereit sei, sich seinem Problem zu stellen. Wenn ja, hätte sie ihm Unterstützung zusichern können. Wenn nicht, hätte sie einen guten Grund für den Parteiausschluss gehabt. Diese Chance, ein Beispiel zu geben und zur Aufklärung beizutragen, hat die SPD verpasst.